

Deutschland-Königslutter: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

OJ S 180/2023 19/09/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: AWO-Psychiatriezentrum

Ort: Königslutter

NUTS-Code: DE917 Helmstedt

Land: Deutschland

E-Mail: Germund.Gladrow@awo-apz.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.awo-psychiatriezentrum.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9V62UT/documents>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9V62UT>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: D&K drost consult GmbH

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Bereich Vergabe

E-Mail: vergabe@drost-consult.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.drost-consult.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Gesundheitseinrichtung mit öffentlichem Versorgungsauftrag

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau und Sanierung der Gerontopsychiatrie des AWO-Psychiatriezentrums Königslutter

Referenznummer der Bekanntmachung: 5328.01 JB

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Das AWO-Psychiatriezentrum Königsutter ist ein Fachkrankenhaus für Psychiatrie- und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie sowie Forensische Psychiatrie. Seit mehr als 150 Jahren werden in der Psychiatrischen Klinik Königsutter psychisch erkrankte Menschen versorgt. Einzugsgebiete des Erwachsenen-Bereiches des AWO Psychiatriezentrums sind die Städte Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter und die Landkreise Wolfenbüttel, Gifhorn, Helmstedt sowie der Landkreis Peine.

Die Klinik besteht aus über 20 zum Teil denkmalgeschützten Gebäuden aus den Jahren 1865 - 2020 mit den Hauptgebäuden Klinik A aus dem Jahr 1979, Klinik B aus dem Jahr 1965 und der Klinik C aus dem Jahr 1865. Die älteren denkmalgeschützten Gebäude liegen eingebettet in einen großzügigen, Landschaftspark, der einen bis zu 1000 Jahre alten Baumbestand beherbergt. Der westliche Teil des Klinikgeländes mit dem Krankenhausbauten nach dem 2 Weltkrieg sind nicht denkmalgeschützt.

Gegenstand der Aufgabe ist der Neubau und oder Sanierung/ Modernisierung der Klinik für Gerontopsychiatrie in der Klinik B aus den 1960"er Jahren, 2010 sind die Patientenzimmer saniert worden. Trotzdem ist die aktuelle räumliche Situation mittlerweile jedoch für Patientinnen und Patienten und Personal höchst unbefriedigend. Zum einen bietet die bauliche Struktur und Größe des Bestandes nur unzureichende Möglichkeiten zur Umsetzung zeitgemäßer medizinischer Konzepte. Zum anderen ist die vorhandene Gebäudestruktur für die Organisation und Sicherstellung der Behandlungsprozesse mit erheblichen Nachteilen verbunden und ist den zukünftigen Anforderungen nicht mehr gewachsen.

Die Gestaltung einer Einheit für die gerontopsychiatrische Behandlung unter dem Aspekt einer demenzsensiblen Architektur soll das Ziel sein, ebenso die sinnvolle Einbettung in die Landschaft und Architektur und die direkte Anbindung an das Haupthaus Klinik A. Die aktuelle bauliche Struktur setzt sich aus Baukörpern zusammen, die über Jahrzehnte gewachsen und immer wieder den jeweils aktuellen Anforderungen entsprechend angepasst wurden und nun den Anforderungen auch aus Gründen der zu geringen Nutzfläche nicht mehr entspricht.

Wesentliches Ziel der zukünftigen Ausrichtung ist Voraussetzungen zu schaffen für eine hochwertige und effiziente medizinische Versorgung auf höchstem Niveau, kurze übersichtliche Wegführung für Patientinnen und Patienten, Personal und Güter.

Unter dem Eindruck der Lage auf dem Grundstück, das sehr stark durch die Hanglage am Elm geprägt ist, sollen wesentliche Teile des AWO Psychiatriezentrums unter Betrachtung des sinnhaften Erhalts von Bestandsbauten in neue Struktur entstehen. Damit soll den Forderungen an moderne Grundsätze einer Klinik für Gerontopsychiatrie entsprochen werden. Zu beachten ist, dass ggf. Aspekte des Denkmalschutzes zu betrachten sind, das Grundstück liegt in Sichtweite des Kaiserdoms.

In Summe soll ein neuer Teil des Psychiatriezentrums in mehreren Teilschritten bei laufendem Betrieb entstehen. Die strategische Umsetzung der gesamten Maßnahme soll in sinnvollen modularen Bauabschnitten erfolgen. Hierfür bedarf es einer strategischen Planung der Szenarien.

Die Würdigung von Grundsätzen der Prozessoptimierung in dem neuen Haus soll neben dem Erhalt und der Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit auch dem Erhalt der Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten und Angehörigen, aber auch der Beschäftigten, dienen.

Im Weiteren siehe Ziffer 2.4. der Bekanntmachung.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 2 500 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE917 Helmstedt

Hauptort der Ausführung: Königsutter

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Aus den genannten Gründen soll die Klinik für Gerontopsychiatrie durch eine Erweiterung und Umstrukturierung modernisiert werden. Dazu soll ein Neubau errichtet werden, der baulich mit dem Altgebäude verbunden ist. Insgesamt sind im Rahmen des Verfahrens ca. 4.200 m² BGF zu sanieren bzw. umzubauen; zudem sind mit dem Neubau ca. 5.100 m² BGF neu zu errichten. Alle für den medizinischen Betrieb benötigten Funktionen und Flächen sollen in dem Altgebäude und oder dem Neubau integriert werden. Alternativ kann auch ein kompletter Neubau als Lösung betrachtet werden.

Die Ausloberin erwartet für den Umbau und/oder die Neubebauung eine hochwertige sowie nachhaltige Planung, welche die für die zukünftige Nutzung erforderlichen gestalterischen, funktionalen, medizinischen, technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Qualitäten beinhaltet. Die Entwürfe sollen sowohl innovative und überzeugende Lösungsvorschläge zur städtebaulichen und hochbaulichen Ausgestaltung enthalten sowie im Einklang mit der umgebenden Architektur und Landschaft stehen.

Die baulichen Vorschläge sollen die spezifischen, ortsabhängigen Rahmenbedingungen, zukunftsfähigen Energiekonzepten und die allgemeinen Anforderungen an den modernen Klinikbetrieb bestmöglich berücksichtigen und gleichzeitig flexibel auf eine in der Zukunft variierende Nachfragesituation reagieren können.

Mit dem Neubau und/oder der Modernisierung sollen die folgenden Ziele erreicht werden:

- wesentliche Verbesserung der Betriebsorganisation und der Wirtschaftlichkeit durch bauliche und personelle Synergien, Verkürzung der Wege für das Personal und Patientinnen und Patienten und die Neugestaltung von baulich-funktionalen Zuordnungen;
- einheitlicher und zeitgemäßer Unterbringungsstandard für alle Stationen;
- neue, bedarfsgerechte Bedingungen in dem Neubau für Akuterkrankte und weitere Patienten und Patientinnen der gerontopsychiatrischen Stationen, mit einem geschützten Gartenbereich und stationsintegrierten therapieunterstützenden Einrichtungen;
- Planung von wirtschaftlich zu betreibenden Pflegestationen mit Ein- und Zweibettzimmern unter Beachtung von sozialpsychologischen Teamaspekten;
- eine zeitgemäße Arbeitsumgebung entwickeln;
- schrittweise Umsetzung der Baumaßnahmen im laufenden Betrieb;
- eine angemessene städtebauliche Lösung für die Eingangssituation des Geländes;
- eine intelligente Lösung zum Thema: Bauen am Hang;
- flächen- und materialsparendes Bauen;

- optimierter winterlicher Kälte- bzw. sommerlicher Wärmeschutz sowie Optimierung des Innenraumklimas;

- Ausrichtung der Neubebauung und günstiges Verhältnis von Hüllfläche zu Rauminhalt (kompakte Bauweise, ökologisch sinnvolles A/V-Verhältnis).

Das Bauen in Sichtweite zum Kaiserdom, der Landschaftspark, das enge Baufeld und die Hangsituation sowie die Lage des Grundstückes auf dem Krankenhausgeländes erfordern ein sensibles Vorgehen und entsprechende anspruchsvolle Lösungen.

In der Zusammenfassung sind neben den o.g. Erfordernissen folgende Einheiten zu planen:

- vier offene gerontopsychiatrische Stationen mit je 22 Planbetten bzw. 24 aufstellbaren Betten;

- eine fakultativ geschlossene gerontopsychiatrische Station mit gleicher Bettenzahl;

- die Sanierung und der Umbau/ Neubau der Klinik B soll - sobald der erste (Teil-)Bereich der Neubebauung fertiggestellt und bezogen wurde (1. Bauabschnitt) - stationsweise und nach der Fertigstellung des Neubaus erfolgen;

- eine Darstellung der vorgesehenen Bauabschnitte ist Teil der Planungsleistung;

- Angestrebt werden für die Klinik der Gerontopsychiatrie dann 110 Planbetten bzw. 120 aufstellbare Betten, diese Flächen sind auszuweisen;

- die Optimierung der resultierenden Einflüsse von Außenraum, Baukörper und Gebäudetechnik in Bezug auf die technische Konzeption;

- der Einsatz umweltschonender Versorgungssysteme bezogen auf Emission, Immission und Betriebskosten in Zusammenhang mit einer behaglichen Raumatmosphäre;

- die problemlos mögliche Umstrukturierung der Flächen bei geänderter Nutzungssituation für sämtliche relevante Versorgungsmedien sowie Vorhaltung möglicher Nachrüstungen für Kühlungs- und Lüftungsanlagen.

Im Hause der Ausloberin wurde ein Betriebs- und Organisationskonzept inkl. der Erstellung eines Raum- und Funktionsprogrammes unter Einbeziehung künftiger Nutzer erstellt. Auf dieser Grundlage wurde im Haus des AWO Psychiatriezentrums eine Zielplanung erarbeitet. Zur Abschätzung der Baukosten wurde das Büro Sweco-Architekten aus Berlin kontaktiert. Das gleiche Büro hatte vorher die Aufgabe für eine Zielplanung der Innenarchitektur der bestehenden und zukünftigen Gerontopsychiatrie erhalten.

Des Weiteren hat das Architektur Büro Schweitzer und Partner aus Braunschweig die Sanierungen dieser Klinik in den 2010"er Jahren durchgeführt.

Diese Büros werden von diesem Verfahren nicht ausgeschlossen.

Für das Neubauprojekt werden die Kosten (KG 300+ 400 ca. 30 Mio. EUR, KG 500 ca. 4,2 Mio. EUR, jeweils netto) geschätzt. Eine Inbetriebnahme der ersten Einheiten wird für Ende 2026 angestrebt.

Das zu vergebene Leistungsbild besteht aus:

- LPH 1-4 Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI gemäß Vertragsmuster

- LPH 5-9 Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung in Stufen gemäß Vertragsmuster

- Besondere Leistungen aus mehreren Leistungsphasen gemäß Anlage 10 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, zugeordnet zu den vertraglich vereinbarten und beauftragten Vertragsstufen.

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens sollen die ausgewählten Bieter gem. § 76 (2) VgV einen Lösungsvorschlag erstellen. Das Verhandlungsverfahren erfolgt in 2 Stufen (siehe Verfahrenshinweise).

Vertreter der Kliniken sowie Vertreter aus behördlichem Kontext werden ggf. neben dem Auswahlgremium der Vergabestelle in beratender Funktion an der Bewerberauswahl und den Bietergesprächen teilnehmen.

Die Vergabestelle lässt sich in der Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch die D&K drost consult GmbH aus Hamburg unterstützen und beraten.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert/Qualität / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Vertiefter Lösungsvorschlag / Gewichtung: 50

Qualitätskriterium - Name: Umsetzung der Bearbeitungshinweise / Gewichtung: 15

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 630 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 5 Höchstzahl: 8 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung (1. Phase) auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der beiden besten für den Leistungsbereich der Objektplanung eingereichten 2 Referenzprojekte.

Mindestens eins der eingereichten Referenzprojekte muss innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 01.01.2015) mit der Leistungsphase 8 (Objektplanung) abgeschlossen worden sein.

Als weitere Referenzen werden auch Projekte zugelassen, die spätestens zum Fristablauf des Teilnahmewettbewerbs mit der Leistungsphase 3 abgeschlossen wurden. Es werden nur Projekte in die Wertung einbezogen, für die die entsprechenden Tabellen im Bewerbungsbogen ausgefüllt wurden. Bitte beachten Sie auch die unten aufgeführten Hinweise.

Es werden nur gültige Neubau- und Umbauprojekte in der Wertung berücksichtigt.

Sanierungsprojekte werden nicht gewertet.

Die Bewertung der Referenzprojekte der Objektplanung erfolgt jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-5 Punkte).

Das Kriterium vergleichbare angestrebte Qualität wird durch das Gremium nur bei den Projekten beurteilt, bei denen mindestens die LPH 2 und 3 vom Bewerber erbracht wurden.

Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 26 Punkte erreicht werden.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in dem Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien,

Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur

Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

1. Verhandlungsphase (5-8 Bieter):

Die ausgewählten Teilnehmer werden aufgefordert einen Lösungsvorschlag gem. den in den Verfahrenshinweisen formulierten Anforderungen im Rahmen einer Präsentation dem Auftraggeber vorzustellen. Nach Bewertung der Lösungsvorschläge sollen die 3-5 am besten bewerteten Bieter zur Teilnahme an der zweiten Verhandlungsphase eingeladen werden.

2. Verhandlungsphase (3-5 Bieter):

Die zur zweiten Verhandlungsphase eingeladenen Teilnehmer bekommen nach erfolgter Angebotsabgabe in einem zweiten Präsentationstermin die Möglichkeit, sich gem. der Zuschlagsmatrix erneut vorzustellen und darüber hinaus ein Honorarangebot einzureichen. Nach erfolgter Bewertung der Bieter behält sich der Auftraggeber vor, den Zuschlag auf das Erstante Angebot zu vergeben. Macht er von diesem Recht keinen Gebrauch, werden die Bieter der zweiten Verhandlungsphase zur Abgabe eines Finalen Honorarangebotes aufgefordert. Nähere Angaben zu Ablauf und Inhalt der Verhandlungsphasen sind den Verfahrenshinweisen zu entnehmen und bindend.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- LPH 5-9 Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung in Stufen gemäß Vertragsmuster
- Besondere Leistungen aus mehreren Leistungsphasen gemäß Anlage 10 HOAI als optionale Beauftragung durch Festlegung des AG, zugeordnet zu den vertraglich vereinbarten und beauftragten Vertragsstufen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß §§ 122 GWB bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- ausgefüllter Bewerberbogen,
- Vordruck 1A: Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen gem. §§ 123 und 124 GWB
- in Verbindung mit § 42 VgV;

- Vordruck 1B: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen / zur Zusammenarbeit und über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern;
- Vordruck 1C: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes;
- Vordruck 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz;
- Vordruck 1E: Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben;
- Vordruck 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket;
- Vordruck 1G: Vollmacht der vertretungsberechtigten Person im Falle einer Bewerbergemeinschaft;
- Vordruck 1H: Angaben zu Auftragsanteilen in der Bewerbergemeinschaft;
- Vordruck 1I: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften;
- Vordruck 2A: Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen und über die Erhöhung im Auftragsfall, bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;
- Vordruck 2B: Eigenerklärungen über die Umsätze des Bewerbers in den letzten drei Jahren;
- Vordruck 3A: Eigenerklärungen zur Beschäftigtenanzahl der letzten drei Jahre;
- Vordruck 3B1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie);
- Vordruck 3B2: Nachweise der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Kopie);
- Vordruck 3C: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten;
- Vordruck 3C1/3C2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für die Leistungen der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI (siehe II.2.9, III.1.3). Näheres siehe Auswahlbogen.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Nachweise in anderen als der deutschen Sprache sind in deutscher Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie den beigefügten Vordrucken und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterzeichnen. Die Firmenzugehörigkeiten von Bietergemeinschaften und/oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen zu benennen. Gemäß § 56 (2) VgV kann die Vergabestelle fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachfordern. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor, keine Unterlagen nachzufordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren. Näheres siehe Verfahrenshinweise - diese sind zwingend zu beachten und bindend.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

2A) Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung und über die Erhöhung im Auftragsfall:

Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung in mindestens der Höhe der geforderten Deckungssummen einzureichen. Neben der Eigenerklärung einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen, muss darüber hinaus eine Eigenerklärung über die Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfalle eingereicht werden. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

2B) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich der "Projektsteuerung" in Anlehnung an § 2 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 2A) Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden sowie mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

Es ist in der Eigenerklärung zu bestätigen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h., dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall:

Es ist eine Eigenerklärung zur Erhöhung der Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall einzureichen. Die Deckungssummen sollen wie folgt angehoben werden: Für Personenschäden auf 2,5 Mio. EUR und für sonstige Schäden auf 7,5 Mio. EUR (jeweils 2-fach maximiert).

Zu 2B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 1.000.000 EUR (netto) erreichen.

Mit Angebotsabgabe ist ein Nachweis über die vollständige Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate; Unbedenklichkeitsbescheinigung) einzureichen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

3A) Eigenerklärungen über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre für den Leistungsbereich

Objektplanung gem. §§ 33 HOAI.

3B1) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen.

3B2) Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung für die Leistungen der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI.

3C) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 3A) Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind mind. 10 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen.

Zu 3B1) Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV (Kammereintrag).

Zu 3B2) Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (Nachweis durch Studiennachweis).

Zu 3C) Öffentlicher Auftraggeber oder öffentlich geförderte Maßnahme.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. §§ 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8.

Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 16/10/2023 Ortszeit: 14:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen zum Verfahren, zu den bereitgestellten Unterlagen usw. sind ausschließlich über die bekanntgegebene Vergabeplattform zu stellen. Fragen, die telefonisch oder per Mail eingehen, können bei der Beantwortung keine Berücksichtigung finden.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form auf der bekanntgegebenen Vergabeplattform veröffentlicht.

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Während der Angebotsphase werden Fragen und Antworten nur in anonymisierter Form über die bekanntgegebene Vergabeplattform übermittelt. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote gem. § 17 (11) VgV zu erteilen. Sollte die Aufforderung zur Finalen Angebotsabgabe notwendig sein, so erfolgt diese ebenfalls über die bekanntgegebene Vergabeplattform.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden

Verhandlungsverfahrens (vorbehaltlich einer Änderung aus wichtigem Grund):

Die Angebotsaufforderung der 1. Verhandlungsphase erfolgt voraussichtlich in der 46. KW 2023; Einreichung der Lösungsvorschläge voraussichtlich in der 2. KW 2024; Bietergespräche (1. Verhandlungsphase) voraussichtlich 6. KW 2024.

Die Angebotsaufforderung der 2. Verhandlungsphase erfolgt voraussichtlich in der 8. KW 2024; Einreichung der Angebote der 2. Verhandlungsphase voraussichtlich in der 12. KW 2024; Bietergespräche (2. Verhandlungsphase) voraussichtlich 15. KW 2024. Es ist derzeit vorgesehen, die Verhandlungsgespräche vor Ort in Königslutter durchzuführen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sind zwingend zu beachten und bindend.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y9V62UT

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Niedersächsisches Landesamt für Bau und Liegenschaften

Postanschrift: Waterloostr. 4

Ort: Hannover
Postleitzahl: 30169
Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

14/09/2023